Abend-Ausgabe

74. Jahrgang. Nr. 83

Dienstag, 18. Februar 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 16. bis 28. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat Februar 3.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Mißtrauensanträge vor dem Landtag

Stürmische Debatten – Die Begründungen der Kommunisten und Nationalsozialisten

Alle Merkmale der Spannung liegen über dem Beginn der heutigen Landtagssitzung, obwohl über den Ausgang der Entscheidung nach dem Scheitern der Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuß kaum mehr ein Zweifel bestehen kann. Die Tribünen sind zum Brechen voll, das Haus ist lückenlos besetzt, ebenso die Regierungsbank — also „Großer Tag". Nach Art der homerischen Helden apostrophieren sich die Kommunisten und Nationalsozialisten, bevor Präsident Weckel mit hartem Hammerschlag das Zeichen zum Beginn der großen Auseinandersetzung gibt.

Den Vorstoß gegen die Regierung eröffnet der Kommunistenführer Renner, der auch bei der Einbringung der Mißtrauensanträge den Vortritt hatte. Er fühlt sich heute als Herr der Lage, kann spotten und höhnen nach Herzenslust, weil er durch die sonderbare Verkettung der Umstände des Erfolgs sicher ist. Aber bald schwenkt er vom Thema ab und hält die altbekannte, schon dutzendmal gehörte kommunistische Propagandarede.

Rasch erlahmt das Interesse unter dem ermüdenden Eindruck ewig gleicher bolschewistischer Phrasen. Erst die Auseinandersetzung des Kommunisten mit den Sozialdemokraten bringt wieder Leben und steigende Unruhe ins Haus. Schimpfworte und beleidigende Zurufe fliegen hin und her; ein pöbelhafter Ausfall des Redners gegen die Volkspartei bringt ihm zwischenhinein einen Ordnungsruf ein. Zum Schluß kommt noch eine formulierte Erklärung gegen die Tätigkeit der Büngerregierung — der Ruf zur fröhlichen Hatz.

Dann folgt, mit Spannung erwartet, die nationalsozialistische Begründung, vorgetragen von dem Abgeordneten v. Killinger. Hallo von der Linken empfängt ihn, in Scharen drängen sich die Abgeordneten um die Tribüne. Gleich die ersten Worte des Redners gehen im Lärm unter. Und der Lärm wird zum Sturm, als der Herr v. Killinger den Gesandten in Berlin als den „Juden Gradnauer" bezeichnet. Zwei Ordnungsrufe folgen schnell aufeinander.

In seinen sachlichen Ausführungen beklagt sich der Redner über die mangelnde Berücksichtigung der nationalsozialistischen Wünsche durch die Regierung. Besonders scharf bekämpft er natürlich ihre Abstimmung für den Youngplan im Reichsrat. Er lehnt die Verantwortung für die Folgen der heutigen Abstimmung ab und gibt dem unklugen Verhalten des Kabinetts die ganze Schuld.

•

Der Sitzungsbericht

27. Sitzung

Dresden, den 18. Februar 1930.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stehen an erster und zweiter Stelle die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Sozialdemokraten gegen das Kabinett Dr. Bünger. Es macht sich schon lange vor Beginn der Sitzung ein starker Andrang zu den Tribünen bemerkbar; die Karten sind natürlich längst vergriffen.

An den Regierungstischen nehmen der Ministerpräsident und sämtliche Minister mit dem Staatskanzler Platz.

Acht Minuten nach 1 Uhr eröffnet Präsident **Weckel** (Soz.) die Verhandlungen. Das Haus beschließt, die beiden Anträge in der Aussprache zu verbinden.

Abg. Renner (Komm.) begründet den

kommunistischen Mißtrauensantrag.

Nach Pressemeldungen habe der Gesandte Dr. Gradnauer im Reichsrate im Auftrage der Regierung dem Youngplan zugestimmt.

Die Durchführung des Youngplans habe eine ungeheure Belastung der werktätigen Massen zur Folge.

Die Erhebung von 900 Millionen Reichsmark neuer Steuern, beschleunigte Rationalisierung, Massenentlassungen, Bankrotte einer großen Anzahl Klein- und Mittelbetriebe, Vernichtung großer Teile der Mittelschichten seien die Folgen der Abladung der Lasten des Youngplans auf die breiten Massen der Bevölkerung.

Die Regierung Dr. Bünger stehe im schärfsten Gegensatz zu der großen Masse der werktätigen Bevölkerung.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Nationalsozialisten, die in die politische Kinderstube gehörten. Die Angegriffenen antworten durch Zurufe. Das Rededuell ruft oft stürmische Heiterkeit hervor. Renner nennt

die Nationalsozialisten die getreueste und gehorsamste Hilfstruppe des Kapitalismus.

(Zurufe der Nationalsozialisten: „Du weißt wohl nicht, was du sagen sollst, Renner!"; ferner: „Das hast du gut eingeübt, he!") Der Volksentscheid der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen sei ein Versuch gewesen, die Reaktion im inneren Deutschland zu verschärfen. Der Redner befaßt sich dann auch mit den Sozialdemokraten, die ebenfalls mit dem Kapitalismus verbunden seien, wendet sich auch gegen die Deutsche Volkspartei, die er eine alte Bettel nennt. Das Proletariat müsse gegen das gesamte System kämpfen. **Ob eine bürgerliche Regierung, eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten oder eine Regierung, nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt, die Politik des Youngplanes werde fortgesetzt werden, bis das** Proletariat diese Regierungen zum Teufel jage und

in Deutschland die Räteherrschaft

errichte. Der Redner verliest zum Schlusse eine lange Erklärung, die sich gegen die Büngerregierung richtet. Diese sei das ausführende Organ der sächsischen Industriellen und habe die Offensive der Bürgerlichen gegen die werktätige Bevölkerung nicht nur begünstigt, sondern in dieser Hinsicht sogar an der Spitze gestanden.

Renner mußte von dem Präsidenten Weckel einige Male ermahnt werden, zum Schlusse zu kommen, da ihm sonst das Wort entzogen werden müsse. Auch erhält er und andere Abgeordnete der Linken wiederholt Ordnungsrufe.

Abg. v. Killinger (Natsoz.) gibt die Begründung des

nationalsozialistischen Mißtrauensantrages,

die unter großer Unruhe des Hauses vor sich geht. Oft durchbrausen Heiterkeitsstürme das Haus, und der Präsident muß immer wieder eingreifen und Ordnungsrufe austeilen, auch an den Redner, der den sächsischen Gesandten „Jude Gradnauer" nennt. Die Nationalsozialisten seien gewillt gewesen, die Büngerregierung bis zum letzten Moment zu stützen, aber

die Zustimmung zum Youngplan sei ein Schlag ins Gesicht der Nationalsozialisten gewesen.

Das Maß sei nunmehr voll, der Mißtrauensantrag seiner Fraktion werde nicht zurückgezogen. Das Tragikomische sei, daß die Regierung Bünger mit Hilfe der Sozialdemokraten gestürzt werde, die ja die Verfechter des Youngplanes in erster Linie seien.

Der Redner gebraucht wiederholt sehr starke Ausdrücke. Als er abtritt, ruft ihm ein Abgeordneter der Linken zu: „Politischer Lausejunge!"

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Dr. Bünger führte aus:

Ich habe mich nicht darum zum Worte gemeldet, weil ich der Meinung wäre, damit das Ergebnis der Abstimmung beeinflussen zu können. Ich will das auch nicht.

Ich halte es aber für meine politische Pflicht,

die Haltung der sächsischen Regierung in der Tributfrage vor dem Lande und dem Landtage kurz zu begründen,

wie es auch mir persönlich ein Bedürfnis ist, meine Stellungnahme in dieser Schicksalsfrage des Reiches vor denen zu rechtfertigen, die mir bisher innerhalb und außerhalb dieses Hauses ihr Vertrauen geschenkt haben.

Ich möchte hierbei davon absehen, mich mit meinen beiden Herren Vorrednern im einzelnen auseinanderzusetzen und in eine Polemik einzutreten.

Ich möchte auch davon absehen, das Tributproblem in dieser Stunde noch einmal in seiner ganzen Breite und Schwere zu erörtern. Alle in Betracht kommenden Fragen sind schon so oft erörtert, daß sich nichts Neues mehr sagen läßt.

Ich will — keineswegs erschöpfend, nur ganz kurz — die Haltung begründen, die das Kabinett und ich auf der jetzt erreichten Station jenes Leidensweges eingenommen haben.

Meine Damen und Herren! Das Kabinett hat in der ernsten Stunde, in der es über die Stimmabgabe im Reichsrat zum Neuen Plan beriet, sich

gänzlich freigemacht von parteipolitischen Erwägungen.

Das Kabinett hat es auch abgelehnt, hier etwa mit einem Votum des weder Ja- noch Neinsagens, also mit einer Stimmenthaltung, den Schein der Unentschlossenheit oder der Hemmung durch taktische Rücksichten hervorzurufen.

Einzig und allein war für jedes einzelne Kabinettsmitglied die Frage entscheidend, ob, um das Reich aus seiner verzweifelten Lage zu retten, die Zustimmung zum zweiten Haager Abkommen eine unabweisbare Notwendigkeit, zur Zeit die einzige offenstehende Möglichkeit war.

Das Kabinett hat diese Frage bejaht.

Hierbei hat es sich auch alles das vor Augen gehalten, was das Haager Abkommen mit seinen furchtbaren Lasten nach seiner Ansicht immerhin als

das kleinere Uebel gegenüber den Daweslasten

erscheinen läßt.

Meine Damen und Herren, die Gründe für die Annahme, daß der Youngplan tatsächlich das kleinere Uebel sei, sind so oft in der Oeffentlichkeit aufgeführt worden, daß ich sie nicht nochmals zu wiederholen brauche.

Sie liegen nach meiner Auffassung — und ich darf in diesem Punkte vorwiegend meine eigene Ansicht wiedergeben — vorwiegend

in der Tatsache,

daß die deutsche Schuld jetzt endgültig festgesetzt wird,

auf eine Summe freilich, die das deutsche Volk ungeheuer schwer und ungeheuer lange belastet,

aber doch im Gegenwartswert und in den Annuitäten hinter den Leistungen des Dawesplanes wesentlich zurückbleibt.

Ferner in der Vernichtung der bisher immer noch bestehenden deutschen Obligationen des Londoner Ultimatums in Höhe von 132 Milliarden Goldmark,

sowie der Obligationen der deutschen Reichsbahn,

der deutschen Industrieobligationen,

der Obligationen der Bank für deutsche Industrieobligationen,

weiter in der Beseitigung aller Pfänder und Kontrollen des Dawesplanes und des gefährlichen Wohlstandsindex,

ferner in der Zulassung eines Transfer- und Aufbringungsmoratoriums,

weiter in der Wiederunterstellung der Reichsbahn unter die Souveränität des Deutschen Reiches,

vor allem auch in der Räumung des Rheinlandes 4½ Jahre vor dem festgesetzten Termin,

sowie ferner in der Aufhebung des unmittelbaren Sanktionsrechts des Vertrages von Versailles.

Gerade an diesen letzten Punkt und die damit verbundene Frage der Sanktionsmöglichkeit hat in der Oeffentlichkeit der Streit der Meinungen ganz besonders angeknüpft.

Wenn dabei aber immer wiederholt wird, daß die Gläubigermächte in Deutschland wieder einmarschieren könnten, so erinnere ich an das Wort, das im Reichstage ein Mann von hohem Nationalgefühl und tiefer Sachkenntnis, das der Professor Dr. Hoetzsch gesprochen hat:

„Sanktionsmöglichkeiten enthält dieser Plan nicht. Wenn der französische Ministerpräsident sich in dieser Frage in Meinungsverschiedenheiten mit Deutschland befindet, dann nehme ich die Partei meines Vaterlandes."

Und trotz aller Polemik über diese Frage, so sage ich, bleibt doch als Ziel und Inhalt der hierüber ausgetauschten Erklärungen bestehen, daß dem Gegner die Handlungsfreiheit nur dann wiedergegeben wird, wenn Deutschland den Vertrag zerreißt, das heißt, nicht mehr für sich als bindend anerkennt, mit anderen Worten, auch selbst für sich die Freiheit der Handlung wieder in Anspruch nimmt. Und wenn ferner die vorzeitige Befreiung der Rheinlande, wie es scheint, hier und da als ein zu geringes Plus in dem Vertragswerk — denn sie ist mit dem Vertragswerke tatsächlich verbunden — angesehen wird, so wird doch mancher, glaube ich, anders darüber denken, wenn einmal im Rheinlande die Glocken der Befreiung läuten.

Aber das alles die oft wiederholte Abwägung zwischen den Lasten des Dawes- und des Neuen Planes, war für das Kabinett nicht endgültig ausschlaggebend.

Ausschlaggebend war vielmehr das Bewußtsein, daß das Reich sich in einer überaus schweren Zwangslage befindet,

und die Ueberzeugung, daß wenn der eingeschlagene Weg nicht weitergegangen wird, der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Reiches in nächste Nähe gerückt ist.

Nach ernstester Prüfung ist die Regierung zu dem Ergebnis gekommen, daß zur Zeit kein anderer gangbarer Weg gegeben erscheint und auch von niemandem bisher mit klaren Worten gezeigt worden ist, um diesen Zusammenbruch zu verhindern.

Käme der neue Plan nicht zustande, so bliebe bis auf weiteres der Dawes-Plan in Kraft. Kein Mensch kann glauben, daß es die Gläubigermächte ruhig mit ansehen würden, wenn das deutsche Volk seine unter den Dawes-Plan gesetzte Unterschrift einfach zurückzöge.

Ein neuer Ruhrkampf, vielleicht in einer anderen, aber in einer nicht weniger empfindlichen Form, wäre die Folge.

Ob der kranke Reichskörper heute noch einmal die Kraft aufbringen könnte, einen solchen Kampf durchzukämpfen, bezweifle ich. In außenpolitischen Fragen muß man, nach Bismarcks Vorbild, ganz nüchtern und real denken.

Sicher ist aber, daß am Ende eines solchen Kampfes die Gläubigermächte nicht einfach auf Tribute verzichten würden, sondern daß sie solche Tribute auch von dem durch den Kampf aufs neue geschwächten Deutschland verlangen würden.

Ob dann diese Tribute niedriger wären, auch nur soviel niedriger, daß sie die Opfer des Kampfes aufwögen, kann kein Mensch voraussehen.

Für ebenso ungangbar wie diesen Weg hielt die Regierung den anderen, zunächst die Verpflichtungen aus dem Dawes-Plane weiter zu erfüllen und darauf zu warten, daß es zur sogenannten Dawes-Krise kommt.

Ich weiß nicht, ob es sich die Befürworter dieses Weges klar gemacht haben, was diese Dawes-Krise bedeuten würde, daß mit ihr die Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot, unter der wir jetzt schon so schwer leiden, sich ins Ungemessene steigern würde.

Und wie anders würde auch solche Daweskrise endigen als wieder mit Revisionsverhandlungen? Oder glauben Sie, daß sich die Gläubigermächte oder der Weltgläubiger Amerika zu einem Generalverzichte herbeiließen? Ueber den Hauptpunkt, daß es nicht beim Dawesplan bleiben kann, darin sind wir uns eigentlich alle einig. Auch darin stimmen wir überein, daß

der „Neue Plan" kein großer deutscher Erfolg

ist, ja, daß er in manchen Punkten, so im Transfersystem, eine **Verschlechterung gegenüber dem Dawesplan bedeutet. Es wird auch kein Mensch dafür einstehen wollen, daß wir die uns darin angenommenen Jahrestribute auf alle Zeit leisten können.**

Ich wünschte auch sehr, daß uns eine Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit mit klaren Worten zugestanden worden wäre, daß wir nicht so sehr angewiesen wären auf eine künftige bessere Einsicht der Gegner. Daß wir aber gegenüber dem Dawesplan, unter dem wir sonst weiterleben müßten, eine Minderung unserer Lasten und Leiden bekommen, das scheint mir doch unbestreitbar. Hat doch selbst Graf Westarp in seiner letzten Auseinandersetzung